

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 2 (1922-1923)
Heft: 7

Artikel: Die neuen Enthüllungen aus den Geheimarchiven der Entente
Autor: Sauerbeck, Ernst
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154687>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die neuen Enthüllungen aus den Geheimarchiven der Entente.

Von
Ernst Sauerbeck.

II. Was das französische Gelbbuch lehrt.

Schon in seinen „Vorträgen“ über die Schuldfrage, die übrigens in diesen Tagen in deutscher Uebersetzung mit Einleitung von mir selbst *) erscheinen, hatte Poincaré verkündigt, daß ein französisches Gelbbuch in Vorbereitung sei, das die völlige Korrektheit der französischen Politik und insbesondere seiner eigenen einwandfrei beweisen werde.

Dies Gelbbuch **) ist, mit großer Verspätung, diesen Sommer in einer raschen Folge von drei Heften erschienen, nach jenem russischen Schwarzbuch, aus dem der letzte Aufsatz schöpfte, und in offenkundiger Abwehr der furchtbaren Angriffe dieses Schwarzbuchs.

„Gut Ding will Weile haben,“ schlecht Ding aber bisweilen noch mehr, wie schon das französische Gelbbuch über den Kriegsausbruch von 1914 zeigte. In der Tat ist es eine sehr heikle Arbeit, gefälschte Dokumentensammlungen mit Erfolg herauszugeben. Die Geschichte von Nr. 105 des englischen Blaubuchs hatte wohl als warnendes Beispiel gedient. Aber auch die fünfmonatige Arbeit an jenem Gelbbuch von 1914 hat die Erkenntnis nicht verhindern können, daß jenes Gelbbuch das Wichtigste unterschlagen hat, nämlich die Meldungen, in denen von der eigentlichen, zwangsläufigen, unweigerlichen Kriegsentfesselung — durch die allgemeine russische Mobilisation! — die Rede ist. An diesen Erkenntnissen hat auch der Rattenkönig von ungeschminkten Lügen, den noch in der Kammer Sitzung vom 5. Juli dieses Jahres Frankreichs Außenminister von 1914, Viviani — der Sozialist und angebliche Freund von Jaurès — der Kammer vorzulegen wagte, nichts mehr ändern können, nur, daß wir jetzt Grund zur Vermutung haben, Viviani sei nicht nur der Betrogene gewesen, wie man bisher, gerade auf deutscher Seite, immer noch gerne annahm, sondern auch Betrüger, wie man ihn im eigenen Lande, von Seiten seiner ehemaligen Parteigenossen, in der „Humanité“, schon längst offen nannte.

Auch am neuen Gelbbuch, das sich übrigens ausschließlich mit den Balkanangelegenheiten beschäftigt — die freilich mit Recht das Hauptthema jeder Vorgeschichte des Weltkrieges sind! — hat man erstaunlich lange gearbeitet. Und man hat das Werk wohl auch nicht mit sehr gutem Gewissen herausgegeben, sonst würden in ihm, bei seinem offenkundigen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit, nicht die Originalnummern aller Telegramme,

*) Poincaré Raymond: Les Origines de la guerre. Plon-Nourrit, Paris 1921. Deutsch: „Wie der Weltkrieg entstand“, in autorisierter Uebersetzung von R. Collin, herausgegeben von Dr. Ernst Sauerbeck. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin 1922.

**) Ministère des Affaires Etrangères, Documents Diplomatiques. Les Affaires Balkaniques 1912—1914, Tome Premier. Du Janvier 1912 à l'armistice de Tschataldje (3. Dec. 1912), Paris. Imprimerie Nationale. 1922. etc.

Depeschen usw. fehlen. Doch, die endgültige Kritik dieser Aktensammlung wird sachgemäß verschoben bis nach dem Erscheinen der angekündigten „Blaubücher“ Rußlands und der letzten Bände des großen deutschen Aktenwerks, das zum Teil schon erschienen ist. *).

Schon jetzt aber erlaubt das Gelbbuch bemerkenswerte und zuverlässige Feststellungen.

Da ist zunächst die polemische Taktik! Ganz im Gegensatz etwa zum russischen Schwarzbuch wird der Leser gänzlich unvermittelt „in medias res“ geführt, d. h. mit Dingen vertraut gemacht, die Frankreich seinen Lesern zeigen will. Wie im Gelbbuch von 1914, wie auch in den Vorträgen Poincarés, beginnt das Ganze mit Verdächtigungen der Mittelmächte (Nr. 1 und 2). Peinlicherweise — für Frankreich! — waren wirklich brauchbare Dokumente nicht aufzutreiben; so mußte man sich begnügen mit zwei Stücken, in denen die bewußten Verdächtigungen nur als subjektive Ansicht Dritter erscheinen, um alsbald von den Berichterstattern selbst dementiert oder doch angezweifelt zu werden. Aber, keine Frage: bei einem Leserkreis vom Niveau der französischen Kammer wird ein Erfolg zu buchen sein. Es wird hier auch nicht stören, daß die Väter dieser Verdächtigungen Leute sind — Serben usw.! —, die, wie sich später zeigte, schon damals das betrieben, was sie Oesterreich oder Deutschland zur Last zu legen suchten: Kriegshege hinter den Kulissen!

Furcht, Haß, Verdächtigung und Verhezung, die sich letzten Endes durchweg gegen Deutschland richten, das sind die Gefühle und Taten, die die „Vermittlungspolitik“ Poincarés erfüllen, nicht anders, als sie seine heutige „Friedens-Politik“ bestimmen.

Freilich, Poincaré ist zunächst, im ersten Halbjahr seiner Ministerpräsidentschaft, vorsichtig. Steht er doch, wie wir aus dem russischen Schwarzbuch wissen, auf einem noch wenig vorbereiteten Boden. Dem „starken Mann“ widerstreben noch starke Kräfte; er kann noch nicht ganz, wie er will; die öffentliche Meinung zu einem Krieg für „Balkaninteressen“ ist noch nicht „reif“, die Finanz ist zurückhaltend; die wirklichen Versöhnungspolitikern sind noch nicht völlig kaltgestellt. Vor allem aber — wovon im Gelbbuch natürlich kein Wort, übrigens auch im Schwarzbuch außerordentlich wenig zu finden ist —: Rußland hat die Niederlage und die Revolution von 1905 noch nicht genügend, wenn auch schon in erstaunlichem Maße, überwunden; es hat zwar eben für dieses Jahr, 1912, gewaltige Seeresreformen vor; deren Wirkung ist jedoch erst in einigen Jahren zu erwarten. Die Lage ist also derart, daß selbst einer zurückhaltenden französischen Politik gegenüber die Frage nach dem Sinne dieser Zurückhaltung zu erheben wäre, d. h. daß man erst zu untersuchen hätte, ob diese Zurückhaltung wirklich als Ausdruck friedlicher Gesinnung oder aber als verschleierte Vorspiel einer Kriegspolitik zu deuten ist, die ihre Zeit noch nicht gekommen glaubt.

Zu dieser Frage — der Hauptfrage, die für diese Zeit zu stellen ist —

*) Die große Politik der europäischen Kabinette 1871/1914, bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin, 1922 f.

bringt das Gelbbuch natürlich keinerlei Beitrag. Es hält sich — wohl nicht zufällig — an Neußerlichkeiten, an formale Schritte aller Art, die den Eindruck dauernder Bemühung um den Frieden erwecken sollen. In diesen Neußerlichkeiten geht das Bißchen, was an wahrer Absicht in den Dokumenten ungewollt zutage tritt, für den oberflächlichen Leser völlig unter.

So machen diese Gelbbücher — das zweite und dritte noch mehr als das erste — den Eindruck einer großen Leere, sehr im Gegensatz zum russischen Schwarzbuch. Wir hören fast ausnahmslos die Diplomaten nur „amtlich“ reden, im Diplomatenfrack, nicht, wie im Schwarzbuch Herr Iswolsky, in der Hausjoppe, beim vertraulichen Plaudern und — Ausplaudern!

Indes, ab und zu, sickert doch etwas aus der Welt der Gedanken durch, die hinter den Worten verborgen, aber entscheidend leben.

Wir nennen hier nur wenige Stücke, jedes als Probe der französischen Politik auf einem bestimmten Schauplatz: zunächst gegenüber Oesterreich, dann gegenüber Deutschland, endlich gegenüber den eigenen Bundes- bzw. Entente-Genossen, Rußland und England. Wir ergänzen das erste, Nr. 37, durch einige zum Teil erst kürzlich, im Juliheft der „Süddeutschen Monatshefte“, veröffentlichte Dokumente.

Zunächst die Politik gegen Oesterreich! Hier haben wir eine wertvolle Neußerung des französischen Geschäftsträgers in Wien. Diese Geschäftsträger sind aus begreiflichen, wenn auch etwas menschlichen Gründen, mitunter etwas übereifrig, dabei unreif in ihrem Urteil, oft auch auf Quellen zweiten Ranges angewiesen; nicht selten steht indes diesen Nachteilen auch ein sehr wesentlicher Vorteil gegenüber, ein Vorteil wenigstens vom Standpunkt des Historikers gesehen. Diese jungen Diplomaten beherrschen vielfach die Kunst noch nicht ganz, heikle Dinge so zu behandeln, daß nur Eingeweihte sie verstehen. So hier; der Geschäftsträger berichtet, wohl um zu zeigen, wie sehr er schon den tieferen Sinn seiner Aufgabe begriffen habe — etwas, was ein Botschafter kaum berichtet haben würde:

Gelbbuch Nr. 37. Der französische Geschäftsträger in Wien an Poincaré, den 17. Mai 1912.

„Um das Interesse am allgemeinen Frieden mit demjenigen zu versöhnen, das wir daran haben, das französisch-russische Bündnis durch die österreichisch-russische Rivalität lebendig zu erhalten, müssen wir wünschen, daß die Beziehungen zwischen Wien und Petersburg sich in der Mitte halten zwischen voller Verständigung und kritischer Spannung.“ („Entente et Crise.“)

Künstlich am Leibe des gefährdeten Europa Eiterherde zu erhalten, statt alles daran zu wenden, sie endlich zu beseitigen, das ist in der Tat der Sinn von Poincarés „Friedens-Politik“!

Nun eine Probe des Verhaltens gegenüber Deutschland. Wie sehr Frankreich immer wieder gehindert werden muß, Oesterreich und Deutschland im Interesse der verschiedenen „Rivalitäten“ zu provozieren, ebenso, wie Frankreich immer wieder Oesterreich und insbesondere Deutsch-

land übler Absichten verdächtigt, ohne dazu, auch nach dem Urteil von Frankreichs Bundesgenossen und Freunden, Rußland und England, im mindesten berechtigt zu sein, erfahren wir aus zahlreichen Dokumenten von Siebert, wie des Schwarz- und Gelbbuches. Der Kürze halber nur einige Proben:

Am 13. Juni 1912 schreibt der russische Außenminister Sazonow an Tswolsky mit Bezug auf einen „Vermittlungs-Vorschlag“ Poincarés (Siebert, S. 514):

„Dies könnte von Deutschland und Oesterreich als ein beleidigendes Mißtrauen ihnen gegenüber aufgefaßt werden. Wir finden überhaupt, daß Rußland, Frankreich und England natürlich gemeinsam vorgehen müssen, daß sie aber ihre Absonderung von den genannten beiden Mächten nicht betonen sollten.“

Und unterm 18. Juni erwidert Sazonow auf eine „Milderung“ der französischen Zumutungen (Siebert, S. 515):

„Ich verstehe nicht, weshalb der französische Außenminister (Poincaré) glaubt, daß ein derartiges Vorgehen den Friedensschluß (zwischen Italien und der Türkei, dessen Verzögerung den Balkankrieg auszulösen drohte!) erleichtern wird. Mir scheint im Gegenteil, daß die Mächte durch einen solchen Schritt in zwei entgegengesetzte Gruppen gespalten werden, während es durchaus wünschenswert erscheint, daß sich alle fünf Mächte an der Versöhnung Italiens beteiligen.“

Auch Sazonows Stellvertreter während dessen denkwürdiger Septemberreise — nach London bezw. Balmoral, Paris, Berlin! —, Neratof, sieht sich gezwungen, die französische Politik zu kritisieren, am 12. Juli:

Neues Dokument der „Süddeutschen Monatshefte“, S. 181.

„Aus meinem gestrigen Gespräch mit dem französischen Botschafter trug ich den Eindruck davon, die französische Regierung befürchte, daß die unmittelbaren Verhandlungen der Türkei mit Italien... zu einer einseitigen Vermittlung, zu einem Schritt Deutschlands führen könnten. Sie können Poincaré erklären, daß wir keine Hinweise darauf haben, daß Deutschland eine solche einseitige Vermittlung anstrebt.“

Und der russische Botschafter (Krupenski) in Rom nennt die französischen Hintertgedanken noch deutlicher, unter 16. Juli 1912, indem er eine Neußerung des ersten Sekretärs der französischen Botschaft in Rom übermittelt:

Neues Dokument der „Süddeutschen Monatshefte“, S. 181.

„Das Pariser Kabinett — fügte der Sekretär hinzu — sei... sehr besorgt; denn, wenn es Deutschland gelingt, die Türkei von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich den italienischen Bedingungen zu fügen — was allein, wie Barrère (der französische Botschafter in Rom) glaubt, den Frieden möglich macht — werde es die Sympathien und die Dankbarkeit Italiens gewinnen.“

Das ist wohl deutlich genug: Frankreich intrigiert, wo es nur kann, dagegen, daß der „einzige Weg, der den Frieden möglich macht“, begangen wird; es intrigiert dagegen, bloß weil es Deutschland ist, das auf diesem Weg vorangeht. Es mißgönnt Deutschland das Verdienst, das es sich dabei erwerben könnte. Und es sucht sich oder der Entente dies Verdienst zu sichern, selbst um den Preis der Kriegsverlängerung, ja der Verallgemeinerung des Krieges zu einem Balkankrieg und daraufhin zum europäischen

Krieg, und das alles, obwohl Deutschland, als Bundesgenosse Italiens wie als Freund der Türkei, der berufenste Vermittler war, während Frankreich und die Entente hier nichts zu suchen hatten.

Das ist die Rolle Frankreichs auch später, als zwar der italienisch-türkische Krieg, dank den deutschen Bemühungen, abgeschlossen, dagegen auf einem Weg, der noch zu schildern ist, der drohende Balkankrieg Tatsache geworden ist: Nie hat Frankreich den Frieden als solchen erstrebt, sondern nur den diplomatischen Erfolg, den eine solche Vermittlung dem Vermittler einbringen konnte, zugunsten seiner Machtstellung.

Eine Probe von dieser Art Friedenspolitik aus dem Gelbbuch: Nr. 208, vom 28. Oktober 1912.

In diesem Dokumente, einem Bericht des französischen Botschafters in Petersburg, erfahren wir die Antwort des russischen Außenministers Sazonow, auf eine der Verdächtigungen, die Poincaré gegenüber Deutschland immer wieder für angebracht hielt. Der Wortlaut dieser Verdächtigung ist aus der Sammlung ausgesamert; ihr Sinn und sogar ihre entscheidendsten Worte erfahren wir aber aus der Antwort; sie lautet:

„Herr Sazonow dankt Ihnen aufs lebhafteste für die Mitteilung...; er teilt vollständig Ihren Eindruck, daß der deutsche Vorschlag „mehr ungeschickt als perfide“ sei; er ist darüber hinaus der Meinung, daß Herr Ridenen, dessen gewundenen Charakter er kennen lernte, weniger Rußland isolieren, als sich England durch unsere (Frankreichs) Vermittlung nähern und sich Frankreichs als Sprungbrett bedienen wolle, um sich in die Arme Englands zu werfen; denn das sei das Hauptziel der deutschen Regierung, und Sazonow fürchtet, daß Fürst Lichnowsky sich um dieses Ziel geschickter „bemühen werde, als Freiherr von Marschall“.“

Wer die Diplomatensprache kennt, kann kaum im Zweifel sein, daß Poincaré hier wieder einmal Deutschland ohne Grund der „Perfidie“ geziehen hatte und von Sazonow, ganz in Übereinstimmung von den eben angeführten russischen Dokumenten, zurecht gewiesen wurde.

Wesentlich ist dabei, daß der Leiter der französischen Politik genau so, wie zwischen Oesterreich und Rußland, auch zwischen Deutschland und England jede ernste und endgültige Versöhnung zu hintertreiben sucht. Er war offenbar, wie sein Geschäftsträger in Wien, der Meinung, daß es besser für Frankreich sei, die Beziehungen der Mittelmächte zu ihren Nachbarn — diesmal Deutschlands und Englands — im Schwebezustand „zwischen Entente und Krise“ zu erhalten, d. h. sich die Möglichkeit wahren, beide Völker zum Besten Frankreichs gegeneinander zu hegen.

Wie sehr Frankreich, d. h. Poincaré, bereit war, schon damals auch nach anderen Vorbeeren als denen der Friedensvermittlung, zu greifen, wenn diese verlockender waren, werden wir alsbald aus dem Munde Poincarés erfahren.

Das Gelbbuch, zu dem wir nun zurückkehren, enthält nämlich unter einem Haufen nebensächlicher, aber sehr dekorativer Dokumente, in denen sich die französischen Friedensbemühungen spiegeln, ein sehr wenig dekoratives aber ungeheuer wichtiges Stück, Nr. 184, in dem nicht nur, wie in den russischen Dokumenten, der wahre Sinn dieser Bemühungen mehr oder weniger

offen zutage tritt, sondern ein Geständnis gemacht ist, das den wertvollsten Beitrag zur sogenannten Schuldfrage darstellt, den bisher irgend eine Dokumentensammlung geliefert hat.

Das Dokument ist nicht ganz neu. Es findet sich bruchstückweise in den Vorträgen Poincarés über die Kriegsurfachen (Uebersetzung, Seite 67 ff.).

Es ist sehr erstaunlich, daß Poincaré auch nur diese Bruchstücke in seinen Vorträgen zu veröffentlichen wagte; denn sie sind geeignet, die ganze Wirkung seines Buches zunichte zu machen, wie man sehen wird. Die einzige Erklärung ist die, daß Poincaré fürchten mußte, dies Dokument könnte, wie so viele andere, doch irgendwie bekannt werden, und daß er es vorzog, es selbst, „in geeigneter Form“ und vor allem in geeignetem Rahmen herauszugeben. Als solcher konnten die „Vorträge“ allerdings gelten. In einem Gelbbuch dagegen, ohne Kürzung und ohne irgendeine „Erklärung“ herausgegeben, hätte dies Dokument wie eine Bombe wirken müssen, auch wenn man es, wie es nachmals geschah, in einem Wust von Ueberflüssigem verborgen hätte. So, wie es nun in den „Vorträgen“ erschien, mußte sein Schaden noch am geringsten sein. Er mußte freilich noch groß genug sein, wenn diese Vorträge gehört oder gelesen wurden von Leuten, die nicht, wie die Fünftel-Mehrheit der französischen Kammer vom 5. und 6. Juli 1922, jedes Wort von Poincaré nur anhörten, um es sofort zum Gegenstand eines geräuschvollen Vertrauensvotums zu machen. Der Schaden ist — vom Standpunkt Poincarés und seiner Politik aus — in der Tat ein ungeheurer und nicht wieder gutzumachender, wenn man das Dokument ohne die Poincaréschen Kürzungen liest und unter Berücksichtigung des geschichtlichen Zusammenhangs, d. h. so, wie es der Historiker nunmehr an Hand des Gelbbuches einerseits, der russischen Veröffentlichungen anderseits zu lesen imstande ist.

Seit dieses Dokument vorliegt, verstehen wir vieles noch besser als bisher, so die traurige Angst Poincarés, die deutsche Uebersetzung seiner „Vorträge“ mit einem deutschen Kommentar erscheinen zu sehen (worüber das Vorwort zur Uebersetzung zu vergleichen ist!), zweitens die verzweifelten Versuche der französischen „Wissenschaft“, nun auch ihrerseits sich für Herrn Poincarés Verteidigung ins Zeug zu legen, wozu die Verteidigungsschrift von Romieu *) zu vergleichen ist, die in ein und demselben Heftchen dem Schwarzbuch und Herrn v. Siebert schwerste Vorwürfe wegen tendenziöser Weglassung von Dokumenten oder Dokumenten-Stellen macht und dies bedeutsamste aller Dokumente auf etwa ein Zwölftel zusammenstreicht, um ein vermeintlich erträgliches Ergebnis zu gewinnen, wobei es doch die Tücke des Objekts, d. h. die geschichtliche Gerechtigkeit, so fügt, daß eine der belastendsten Stellen stehen bleibt.

Wir geben auch unsererseits, aus rein äußeren Gründen, d. h. der Kürze halber, das sehr umfangreiche Dokument gekürzt, vor allem ohne die sehr umfangreiche Einleitung über die Geschichte des Balkanbundes. Wir führen aber alles an, was Poincaré und Romieu wiedergegeben haben.

*) Romieu J.: Livre noir et Livre jaune. Alfred Costes, Paris, 1922. 80, 80 Seiten.

fügen außerdem die wichtigsten der Stellen bei, die beide oder der eine von ihnen weggelassen haben.

In gewöhnlichem Druck ist wiedergegeben, was Poincaré in seinen Vorträgen wiedergab (und zwar geben wir es in der autorisierten Uebersetzung, die, gerade hier, sehr mangelhaft, aber von Poincaré nun einmal autorisiert ist); fett gedruckt ist, was er von wesentlichen Dingen ausließ, unterstrichen, was Herr Komieu wiedergab, wobei es sich zum Teil um Stellen handelt, die bei Poincaré nicht zu finden sind.

Da stoßen wir in Nr. 184 des Gelbbuches, nach einer ausführlichen Geschichte des serbisch-bulgarischen Vertrages, aus dem der Balkanrieg und die europäische Balkankrise von 1912 und 1913 und weiterhin der allgemeine Krieg von 1914 hervorgegangen sind, auf eine Stelle von ganz unvergleichlichem Wert. Poincaré läßt sie aus. Sie lautet:

Bericht Poincarés über das serbisch-bulgarische Bündnis und das Verhältnis Rußlands zu ihm vom 15. Oktober 1912 (Gelbbuch Nr. 184, Seite 111 ff., nachfolgende Stellen, Seite 112, Absatz 3, Anfang).

„... Als ich in dem Kabinett von Sazonow von dem Bündnis Kenntnis erhielt, habe ich mich nicht enthalten können, auszurufen: Aber das ist ja ein Kriegsbündnis! Der russische Minister schien mir über meine Bemerkung nicht erstaunt zu sein; er hat mir sogar geantwortet:

„Ja, Sie bedienen sich genau desselben Ausdrucks, den unser Gesandter in Sofia brauchte, als er uns dies Dokument übermittelte.“

„Aber, sagte ich, wie konnten Sie dann diesen Vertrag uns als friedfertig schildern, und wie konnten Sie uns bitten, ihn noch zu unterstützen, durch Gewährung einer bulgarischen Anleihe auf dem französischen Markt?“ Der Minister antwortete, daß die kaiserliche Regierung den vollen Text nicht sofort gekannt habe, und daß sie außerdem, nachdem dies geschehen sei, die Konsequenzen nicht auf sich genommen habe...“

Wir halten fest, daß Poincaré in diesen Sätzen, die er in seinem Buche wegläßt, offen eingesteht, daß von den beiden Balkanmächten, Serbien und Bulgarien, eine „Kriegs-Politik“ getrieben wurde, und daß er selbst aufs tiefste davon betroffen ist, diese Politik von Rußland selbst Frankreich gegenüber als Friedenspolitik bezeichnet zu sehen.

Poincaré berichtet dann, im Anschluß an Ausführungen, die wir erst nachher wiedergeben, von gewissen Indiskretionen, die diese tiefgeheimen Verträge *) einer unkontrollierbaren Öffentlichkeit preisgegeben haben, vermutlich auch der österreichischen Regierung.

„Heute habe ich die Gewißheit, daß ein russischer Abgeordneter die wichtigsten Klauseln des Vertrages kannte, besonders die, welche Rußland zum Schiedsrichter machten. Ich unterrichtete Tšwolsky davon, der über dieses Bekanntwerden nicht überrascht schien und mir sagte: „Die Bulgaren haben den Vertrag in Petersburg kolportiert, um sich über die Gleichgültigkeit und den passiven Widerstand der russischen Regierung zu beklagen.“ Außerdem gibt Tšwolsky zu, daß Oesterreich entweder heute durch eine begangene Indiskretion unterrichtet wäre, oder daß König Ferdinand in Wien durch irgendeine Rückversicherung gedeckt habe.“

Poincaré läßt in diesem Zusammenhang das hier Folgende aus:

*) Wortlaut bei Bohitschewitsch und im Weißbuch von 1919.

„Mir scheint es immer, daß Oesterreich, wenn es die serbisch-bulgarischen Verträge im Wortlaut kennt, sich bei Rußland beklagen würde, und daß es auf alle Fälle deren Ausführung nicht gestatten würde...“

Poincaré läßt also gerade den Satz aus, der erklärt, warum ihm die Indiskretionen so peinlich sind, indem er feststellt, wie berechtigt Oesterreich bei Kenntnis dieser Verträge wäre, bei Rußland sich zu beschweren oder auch gegen die beiden Balkanstaaten vorzugehen.

Dieselbe Auffassung hat übrigens auch der französische Geschäftsträger in Wien schon ein halbes Jahr früher ausgesprochen, in dem Dokument, das wir zum Teil schon oben wiedergaben; er sagt dort (Gelbbuch Nr. 37 vom 16. Mai 1912):

Gelbbuch Nr. 37 vom 16. Mai 1912:

In Wien seien die serbisch-bulgarischen Verträge nicht nur nicht bekannt, sie würden auch im Falle von Indiskretionen wegen ihrer inneren Unwahrscheinlichkeit nicht einmal geglaubt werden. Rußland habe übrigens anscheinend nicht einmal seinen eigenen Botschafter informiert; das Bekanntwerden wäre in der Tat sehr bedenklich:

„Oesterreich-Ungarn würde bei dem Bekanntwerden dieser Verträge darin nicht nur einen Versuch der Vergeltung für die Annexion von Bosnien-Herzegowina sehen (1908); wenn sie nur das wären, könnten sie ruhig veröffentlicht werden; aber, das Geheimnis, das sie umgäbe, verleihe ihnen den Charakter einer dunklen Machenschaft gegen Wien. Die österreichisch-russischen Beziehungen würden wieder ebenso schwierig wie 1908; was die Spannung betreffe, die daraus entstehen würde, so können wir Franzosen uns dazu Glück wünschen oder nicht, je nach dem! (folgt die oben angeführte Stelle!)

Die französische Regierung, einschließlich der Diplomatie, ist sich also völlig klar darüber, daß für Oesterreich der serbisch-bulgarische Vertrag — und selbstverständlich auch die andern Balkan-Verträge, die auf ihm basieren — eine schwere Provokation bedeuten; nichtsdestoweniger verfolgt das französische Gelbbuch, wie die ganze Geschichtsklitterung des offiziellen Frankreich, ganz besonders aber diejenige Poincarés, ganz offenkundig und sogar zugestandenemmaßen den Zweck, Oesterreich und mit ihm Deutschland! — als den provozierenden Teil hinzustellen, der nicht nur die armen, harmlosen kleinen Balkanvölker, sondern die ganze Welt bedrohe.

Wie stark das Bewußtsein der Schuld des andern Teils — eben der Balkanvölker und ihres Beschützers — Rußland — war, ergibt sich aber erst mit unüberbietbarer Wucht aus den weiteren Bekenntnissen, die wir nun ohne Unterbrechung folgen lassen, nur mit den angekündigten Druckunterschieden, die das in den Vorträgen Eingestandene und das dort Verschwiegene einander entgegenstellen:

**Poincaré über das serbisch-bulgarische Bündnis, Gelbbuch Nr. 184,
„Vorträge“ (Uebersetzung!) S. 70:**

„Kurz, diese Konvention scheint unter dem Schutze Rußlands geschlossen zu sein und in jedem Falle räumt sie Rußland in Gegenwart und Zukunft eine aktive und überwiegende Rolle ein.

Sazonow und Iswolsky versuchen seit einigen Wochen, die Erregung zu dämpfen, welche mir die Lektüre dieses Vertrages verursacht hat. Sie haben mir wiederholt, daß Rußland nicht daran beteiligt sei, und daß es ihm überlassen bleibe, die ihm überlassene Schiedsrichterrolle abzulehnen usw. Wenigstens ist es sicher, daß es alles gekannt hat...

Hier ist, durch Punkte angedeutet, aber **a u s g e l a s s e n** die Stelle:

„... und daß es, weit davon entfernt, zu protestieren, in diesem diplomatischen Dokument ein Mittel sah, seine Hegemonie auf dem Balkan zu sichern.

Rußland sieht heute ein, daß es recht spät ist, zu beschwören.

Es ist Rußland, wenn es nun auch zu zügeln versucht, doch derjenige, der den Motor angesteckt hat.“

Poincaré fährt fort:

„Die Furcht vor den fürchterlichen Folgen, die diese Abmachung verbarg, hat mich zum großen Teil zu den Schritten veranlaßt, die ich im Interesse des Friedens immer weiter unternahm, nachdem ich sah, wie auf dem Balkan die Kriegsgefahr wuchs. Jedoch war ich zu jenem Zeitpunkt nicht berechtigt, das mir von Sazonow anvertraute Geheimnis zu enthüllen...

Folgt die Stelle über die Indiskretionen (schon wiedergegeben!):

„Heute habe ich die Gewißheit... Rückversicherung gedeckt habe.“

Im Zusammenhang damit ist **a u s g e l a s s e n** die gleichfalls schon wiedergegebene Stelle:

„Mir schien es immer, daß Oesterreich, wenn es die serbisch-bulgarischen Verträge im Wortlaut konnte, sich bei Rußland beklagen würde, und daß es auf alle Fälle deren Ausführung nicht gestatten würde.“

Dann fährt Poincaré, zum Hauptthema zurückkehrend, fort: *)

„Diesen Tatsachen gegenüber will ich nicht länger die Verantwortung übernehmen, England eine Situation geheim zu halten, die uns morgen zwingen könnte, unsere Bemühungen noch enger zu vereinigen, um das Allgemeinwerden des Balkanconflicts zu vermeiden.“

Ich bitte Sie, Sir Edward Grey insgeheim allgemeine Aufschlüsse mitzuteilen, die ich Ihnen weiter oben über den Sinn und die Tragweite der serbisch-bulgarischen Abmachungen gegeben habe. Verschweigen Sie ihm meine Befürchtungen nicht, aber bemerken Sie trotzdem, daß ich keinen Zweifel über die Aufrichtigkeit der friedlichen Absichten der russischen Regierung hege.

Sazonow und Iswolsky haben augenscheinlich nicht geglaubt, daß die Annäherung der Serben und Bulgaren (nicht)**) die sofortige Wirkung, die gemeinsame von der Entente vorausgesehene Mobilmachung zur Folge haben würde...

Es ist **a u s g e l a s s e n** bei Poincaré, dagegen wiedergegeben bei Romieu die Stelle:

„Sie haben sich eingebildet, daß die Schiedsrichterrolle Rußlands sich im Sinne des Friedens würde auswirken können, bis zu dem Augenblick, wo Rußland den Krieg für zweckmäßig halten würde, und diesen Augenblick glaubten sie ernstlich noch fern.“

Es ist weiter **a u s g e l a s s e n** bei Poincaré und bei Romieu:

„Aber die russische Diplomatie hat es an Voraussicht fehlen lassen, und sie bemüht sich jetzt, soweit es die öffentliche Meinung Rußlands ihr erlaubt (!), das Unglück zu beschwören, das sie entfesselt hat.

Sazonow und Iswolsky haben hier beinahe öffentlich erklärt — und zwar nicht nur mir, sondern auch meinen Kollegen vom Ministerium und

*) Das Unterstrichene wiedergegeben von Romieu! (Seite 49 f.)

**) Das „nicht“ Uebersetzungsfehler der autorisierten Uebersetzung!

sogar gewissen Journalisten — daß man im Falle eines Krieges den Sieg der Türken wünschen müsse, da man die Erfolge der Türkei jederzeit aufhalten könne, während zu große bulgarische Erfolge eine Aktion von Seite Oesterreichs herbeiführen würden."

Es folgt dann noch ein Nachtrag hiezu:

"Als Sie (d. h. Paul Cambon, Frankreichs Botschafter in London) Sazonow in London sprachen (September 1921!), war er noch davon überzeugt, daß es zu keinem Kriege kommen würde und Bulgarien sich mit einfachen Manifestationen begnügen würde."

Dann folgt der Schluß:

"Kurzum, trotz der Irrtümer, welche die kaiserliche (russische) Regierung begangen hat, huldigt sie doch weiter einer Friedenspolitik und dem status quo, und sie wird um so weniger davon abgehen, wenn sie einen festeren Rückhalt in London und Paris findet."

Es würde deshalb höchst unangenehm sein, wenn die englische Regierung ihr für begangene Fehler kühl entgegenkäme.

Uebrigens bin ich, gerade so wie Sie, von der Notwendigkeit überzeugt, daß die Tripelentente unter den gegenwärtigen Umständen zusammenhalten muß, und ich bezweifle nicht, daß die englische Regierung in dieser Beziehung Ihre Ansichten und die der französischen Regierung teilt."

Kommentar ist überflüssig. Wir fassen bloß zusammen:

Angeichts der Ereignisse von 1912, von denen die von 1914 die naturnotwendige Folge waren, gesteht Poincaré in diesem Dokument und im übrigen Gelbbuch selber folgendes zu:

1. Es ist Rußland und nicht Oesterreich gewesen, wie 1914 behauptet wurde, das „die Hegemonie auf dem Balkan“ erstrebte.

2. Rußland hat sich dabei nicht, wie Oesterreich etwa in der Politik der Sandschak-Bahn, der offenen und friedlichen Mittel bedient, sondern geheimer Mächenschaften, in deren Mittelpunkt der serbisch-bulgarische Vertrag steht, den Poincaré selbst als „Kriegsinstrument“ bezeichnet, von dem er „entsehlliche“ Folgen befürchtet und dessen Anstiftung oder Duldung er mit den Worten umschreibt, Rußland habe „den Motor angedreht“.

3. Rußland mußte sich, nach Poincaré, durchaus darüber klar sein, daß Oesterreich sich eine solche Politik nicht gefallen lassen könne und auch nicht gefallen lassen würde, falls es von ihr erführe. Poincaré hatte Grund zur Annahme, daß Oesterreich von dieser Politik tatsächlich erfahren habe. Trotz dem hat Poincaré während der ganzen Krise, die Rußland heraufbeschworen hatte, Oesterreich als Störenfried verdächtigt und bekämpft, desgleichen Deutschland, das, mit vollem Recht, übrigens bei großer Mäßigung in der Form, hinter Oesterreich stand.

4. Poincaré hat, noch in diesem Dokument, sich und die russische Regierung als Verfechter des „status quo“ hingestellt; er hat indes nach den ersten Siegen vollkommen auf den status quo verzichtet; er hat aber weiter Oesterreich einer unerträglichen Politik bezichtigt, als dieses einer allzugroßen Machterweiterung der beutegierigen Balkan-

staaten einen Kiegel vorzuschieben suchte. Poincaré hat also die „Grundsätze“ seiner Politik gänzlich preisgegeben und die angeblich so entsehlliche Kriegsenfesselung der Balkanstaaten durch eine Politik völligen Gewährenlassens nachträglich belohnt und so auch für die Zukunft aufgemuntert.

5. Poincaré hat durch dieses Verhalten die besten Vorbedingungen dafür geschaffen, daß es nach dem Krieg der Balkanstaaten gegen die Türkei auch zu dem zweiten Kriege kommen würde, der im serbisch-bulgarischen Vertrage vorgesehen war, zum Krieg gegen „die zweite Türkei“, d. h. Oesterreich-Ungarn, wie es geschah im Jahre 1914.

6. Poincaré hat aber eine weitere, noch wesentlichere Bedingung für den Weltkrieg geschaffen, indem er tat, was er dem russischen Bundesgenossen als schweren Fehler buchte, als dieser es seinerseits gegenüber den unruhigen Balkanstaaten tat: „Weit davon entfernt, zu protestieren, sah er hier ein Mittel, die Hegemonie zu sichern“, diesmal aber nicht nur diejenige Rußlands auf dem Balkan, sondern diejenige Frankreichs in der Welt!

7. In der Tat hat Poincaré, trotz voller Erkenntnis und Anerkenntnis des schuldhaften Vorgehens seines Bundesgenossen, diesem völlig freie Hand gegeben und auch noch England zum selben Verhalten zu bestimmen gesucht. Poincaré hat also Rußland nicht nur jene „Blankovollmacht“ gegeben, durch deren Bewilligung an Oesterreich Deutschland 1914 so schweres Unrecht auf sich geladen haben soll; er hat dies getan, obwohl Rußland 1912 der provozierende, und zwar der grundlos provozierende Teil war, während 1914 Oesterreich der Gegenstand einer ebenso schweren wie unverschuldeten Provokation gewesen war.

8. Poincarés Politik, weit entfernt, eine Friedenspolitik zu sein, war eine rücksichtslose Politik der Machterweiterung zugunsten der Entente. „Wright or wrong, my country“, diesen Spruch Englands hat Poincaré erweitert zu dem Spruch: „Gut oder böse; es dient unserer Vorherrschaft, der Vorherrschaft der Entente!“ So hat Poincaré schon 1912, so auch 1914 Recht in Unrecht und Unrecht in Recht verkehrt.

9. Noch viel krasser tritt die Skrupellosigkeit dieser Politik hervor, wenn man die russische Politik Tscholtschys und Sazonows nicht in der Drapierung sieht, die ihr Poincaré aus sehr verständlichen Gründen unwirkt, sondern in ihrer natürlichen Gestalt, wie sie uns etwa der Sowjet-Historiker Pokrowski in seiner Schrift: „Drei Konferenzen“ an Hand von geheimen Sitzungs-Protokollen aus den Jahren 1908, 1913, 1914 geschildert hat, woraus sich mit voller Unzweideutigkeit ergibt, wie es mit Poincarés Behauptung steht, Rußland verfolge „trotz allem“ eine „Politik des Friedens und des status quo“.

10. Rußland — das panslawistische Rußland, das seit Jahrzehnten stets an Macht gewann —, wollte weder status quo noch Frieden; es wollte den Krieg; und dabei ist Poincaré der

Handlanger gewesen; freilich nicht um Rußlands, sondern um Frankreichs willen. Denn auch er wollte keinen *status quo* und demgemäß auch nicht den Frieden. Mit beidem ist eine französische Politik völlig unverträglich, wie sie Poincaré im Beginn seiner Präsidentschaft gegenüber Jules Cambon, dem Berliner Botschafter, gekennzeichnet hat:

Erlaß Poincarés an den französischen Botschafter in Berlin vom März 1913.

„Die deutsche Regierung scheint mit einer unermüdlichen Hartnäckigkeit („avec une obstination insaisissable“) eine Annäherung zu verfolgen, welche nur durch eine völlige Wiederherstellung des Vergangenen — d. h. durch eine Rückgabe von Elsaß-Lothringen — möglich werden würde. Wenn wir auf solche Annäherungsvorschläge eingehen, würden wir uns mit England und Rußland überwerfen. Wir würden alle guten Ergebnisse der Politik einbüßen, die Frankreich seit langen Jahren verfolgt hat. Wir würden hinfort nur illusorische Vorteile erreichen, und wir würden uns bald isoliert und an Achtung und Ehre gemindert finden.“ (Bourgeois und Pages, Senatsbericht vom Oktober 1919, Uebersetzung nach Thimme, Preuß. Jahrb., April 1921, S. 64.)

Eine solche Politik bedeutete, von den dekorativen Phrasen entkleidet, den Krieg, nichts als den Krieg, ebenso wie die Politik von Jean Jaurès, die mit der Abtretung der alten deutschen Provinzen sich abfinden wollte, den Frieden bedeutete. Jaurès fiel am Vorabend des Krieges von französischer Hand. Poincaré weiht noch heute Kriegerdenkmäler ein und feiert die Toten, wie in seiner ersten Straßburger Rede, vom November 1918, „weil sie das Vaterland wieder hergestellt hatten“.

Das war für Poincaré in der Tat der Sinn des Weltkrieges! Es bleibt somit dabei und wird nur immer deutlicher: „Poincaré — c'était la guerre!“ Poincaré — das war der Krieg!

Pro Patre.

Von
Fritz Fied, Rüsnacht-Zürich.

III.

Juristische Tätigkeit und Ansichten.

Uber wenn auch mein Vater keine politischen Verdienste um sein zweites Vaterland hat, so hat er ihm doch treu und uneigennützig gedient.

Uneigennützig hat er der Hochschule Zürichs gedient, der er über 40 Jahre angehörte. Zuerst als außerordentlicher „Professor ohne Gehalt“ „an einer Fakultät mit 11 Dozenten und 9 Studenten“, so erzählte er oft lachend —, später (seit 1864) als ordentlicher Professor mit einem Schlußgehalt von jährlich Fr. 2500.—.

Uneigennützig hat er auch der Eidgenossenschaft gedient — anfänglich als Mitarbeiter an der Redaktion des schweizerischen Obligationenrechts — später als alleiniger Redaktor dieses Gesetzes. Für seine 19jährige